Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden, Nr. 1268

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonelzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefunterbringung 30 Pf.

Nr. 32 | Dresden, Dienstag den 8. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der bayerische Karneval

Kahr und die Entwaffnung

Gestern verkündete ein amtliches Telegramm, daß sich die in Berlin versammelten Ministerpräsidenten über die der Entente gegenüber einzuschlagende Politik vollkommen einig gewesen seien. Heute erfährt man, daß das tatsächlich nicht der Fall war. Der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Kahr, hat in Berlin im Auftrage seiner Regierung eine Stellung eingenommen, die sich durchaus nicht mit der der Reichsregierung deckt. Es wird berichtet:

München, 8. Februar. Der für gestern nachmittag angesetzte bayerische Ministerrat, in dem Ministerpräsident Dr. v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz mit der Reichsregierung erstatten sollte, ist verschoben worden. Es steht zunächst noch nicht genau fest, wann der Ministerrat zusammentreten wird. Voraussichtlich aber heute vormittag. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerratsmitgliedes. — Wie die Telegraphen-Union erfährt, konnte in Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechungen mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgestellt werden soll, was sich dort, und zwar nicht nur in der Entwaffnungs-, sondern auch in der Reparationsfrage ergeben läßt. Im heutigen Ministerrat wird Ministerpräsident v. Kahr über diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit Bericht erstatten. Dann werden auch Besprechungen mit den Koalitionsparteien des Landtags stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur neuen Stellung zu nehmen haben.

Während die Reichsregierung auf dem Standpunkte steht, daß Deutschland in der Entwaffnungsfrage im wesentlichen nachgeben müsse, will die in Bayern jetzt herrschende Reaktion auf die Einwohnerwehr nicht verzichten. Nach dem Verhalten der Bayerischen Volkspartei im Reichstag schien es nun so, als ob auch diese Partei mit den Ausführungen des Ministers Simons einverstanden sei. Inzwischen hat aber die Partei selbst eine ziemlich wüste nationalistische Hetze eingeleitet, zu deren Sprachrohr sich auch der Herr v. Kahr in München gemacht zu haben scheint. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt u. a.: Deutschland sei im Sinne des Friedensvertrages entmilitarisiert. Die Auflösung der Einwohnerwehr hätte mit dem Friedensvertrag nichts zu tun. Der Außenminister Simons habe angekündigt, daß er mit den Landesregierungen wegen der Entwaffnung nochmals Rücksprache pflegen wolle. Was die bayerische Einwohnerwehr anbelange, so dürfte diese Aeußerung so aufgefaßt werden, daß der Außenminister sich noch einmal von der unerschütterlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen wolle, um Argumente für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Es wird dann mit einer Spannung zwischen Bayern und dem Reiche gedroht, wenn die Reichsregierung nicht den von den Bayern gewünschten Standpunkt einnehmen würde. Das bayerische Volk sei in seiner großen Mehrzahl von der Richtigkeit der Politik seiner Regierung so überzeugt, daß ein Abschwenken der Regierung von der Politik die tiefsten Erschütterungen in Bayern hervorrufen würde.

Inzwischen werden in München durch Aufrufe an den Anschlagtafeln die chauvinistischen Leidenschaften der Münchner Bevölkerung aufgestachelt. Neben einer von der Deutschnationalen Volkspartei unterschriebenen Kundgebung ist eine solche von anonymer Seite erschienen, in der die Reichsregierung in der niederträchtigsten Weise beschimpft und an das deutsche Volk die Frage gerichtet wird, ob es die Entscheidung über sein Schicksal wieder in die Hand einer Regierung in Berlin legen wolle, die den deutschen Namen seit zwei Jahren habe erniedrigen lassen, und die Ehre um materielle Vorteile verschachern wolle. Das alles geschieht mit Genehmigung derselben Behörde, die erst vor einigen Tagen alle Versammlungen des verfassungstreuen Republikanischen Schutzbundes verboten hat.

Nach Schluß einer Massenversammlung der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei zogen einige tausend Teilnehmer geschlossen durch die Straßen, um vor den Hotels, in denen Mitglieder der Entente wohnten, zu demonstrieren. Im Vorbeimarsch erzwang die Menge die Schließung eines vornehmen Kabarettlokals und wandte sich dann dem Deutschen Theater zu, wo als letzte der durch Regierungsverbot aufgehobenen Faschingsveranstaltungen der weiße Preisball stattfand. Die Demonstranten umlagerten länger als eine Stunde lärmend und patriotische Lieder singend das Haus, ehe die Polizei einschritt. Mehrere Skandalmacher, die in die Theaterräume eingedrungen waren, wurden verhaftet, zwei von ihnen mußten aber wieder freigelassen werden, da sie sich — als Mitglieder der Polizei legitimierten.

Die Bayerische Staatszeitung erinnert mit Recht daran, daß Bayern noch den Belagerungszustand habe, Umzüge also verboten seien. Das Regierungsorgan gibt mit erstaunlichem Freimut der Verwunderung Ausdruck, daß die Polizei, obwohl ihr bekannt gewesen sei, daß die Demonstrationen geplant waren, nichts getan habe, sie zu verhindern. Die Erklärung ist, so wird der Frankfurter Zeitung aus München geschrieben, jedoch nicht so schwer zu finden. Sie liegt in dem Umstand, daß die sogenannten nationalsozialistischen Arbeiter die zuverlässigste Stütze des neuen bayerischen „Ordnungsstaates" bilden, dessen Hauptrepräsentant neben Herrn v. Kahr sein politischer Intimus, der Polizeipräsident Poehner, ist. Die mit dem Hakenkreuz geschmückten Demonstranten riefen bei ihrem Zuge durch die Stadt: **„Die Reaktion marschiert!"**

Die Reaktion in Bayern treibt ein sehr gefährliches Spiel. Das bayerische Verhalten ist im höchsten Grade geeignet, der Reichsregierung die größten Schwierigkeiten zu bereiten. Kein vernünftiger Mensch wird den bayerischen Reaktionären glauben, daß sie wirklich die Einwohnerwehren zum Schutze gegen kommunistische Gefahren brauchen. Wenn es in Bayern noch eine Anzahl Narren geben sollte, die sich einbilden, mit Gewalt das kommunistische Himmelreich erkämpfen zu können, so werden Polizei und Reichswehr mit diesen Leuten im Ernstfalle ebenso gut fertig werden wie in andern Teilen des Reiches. Wahrscheinlich ist aber gerade in Bayern die Gefahr irgendwelcher kommunistischer Putsche geringer als irgendwo anders. Die bayerische Arbeiterschaft dürfte jedenfalls nach den Erfahrungen der Münchner Rätezeit von derartigen gefährlichen Spielereien genug haben. Von der Reichsregierung muß man verlangen, daß sie den Bayern gegenüber sehr energisch auftritt, wenn die Bayern durch ihren verbohrten Eigensinn und ihren nationalistischen Fanatismus die Reichspolitik erschweren. Schließlich ist Bayern mehr auf das Reich, als das Reich auf Bayern angewiesen, und wenn die bayerische Reaktion etwa Lust zu Absonderungsbestrebungen haben sollte, so werden unsre Bergarbeiter sehr wohl in der Lage sein, sie darüber zu belehren, daß Bayern ohne das Reich nicht existieren kann.

Wünschenswert wäre es aber vor allem, daß sich in Bayern diejenigen Teile der Bevölkerung recht energisch rühren, die nicht unter dem Einfluß der herrschenden nationalistischen Reaktion stehen. **Unter keinen Umständen darf es geduldet werden, daß in dieser überaus schweren Zeit, in der das deutsche Volk von so großen Gefahren bedroht ist, die Politik der Reichsregierung durch die bayerische Verbohrtheit erschwert wird.**

* * *

National-Bolschewisten

Die Verbrüderungsszenen, die sich in München zwischen nationalbolschewistischen [illegible] und Kommunisten abgespielt haben, sind, so schreibt J. E. in der Vossischen Zeitung, nicht lediglich als Ersatz für den abgesagten Karneval zu betrachten. Tatsächlich steht die Regierung Kahr zwischen zwei Feuern: zwischen der Opposition von links und einer unterirdischen Drohung von rechts.

Wenn die Regierung Kahr mit solcher Sorge der Entwaffnungsaktion entgegensieht, so geschieht das offenbar aus dem Gefühl heraus, daß die rechtsradikalen Elemente die Beunruhigung, die zweifellos durch die Beseitigung der Einwohnerwehr entstehen würde, auszunutzen versuchen könnten. Für die Gefahr, die in der Tat von dieser Seite droht, sei das Zeugnis des Grafen Bethmer angeführt, der im Bayerischen Königsboten schreibt:

„Ich fürchte nicht die Macht der Sieger. Aber ich fürchte noch den Parteihaß und den Eigennutz im eigenen Lande. Die Gespenster Nationalbolschewismus, Schwindlerrepublik spuken zur Zeit wieder mächtig in den Köpfen einzelner Personen. Nur Festigkeit, Besonnenheit und Treue gegenüber dem Volke werden Segen bringen. Militärische Renommisten(?) aber, die in der Abenteurerlust von Personen ihren Ursprung haben, sind nicht Symptome von Kraft, sondern von Fäulnis."

In diesem Zusammenhang muß gesagt werden, daß verantwortliche bayerische Persönlichkeiten es als eine **schwere Belastung für die ganze innere Entwicklung betrachten, daß eine Anzahl militärischer Persönlichkeiten Bayern zum Ruhesitz** gewählt haben und — sei es mit, sei es ohne eigenes Zutun — zum Mittelpunkt von Bestrebungen und Hoffnungen gemacht werden, die für Bayern und für das Deutsche Reich ernste Gefahren heraufbeschwören müßten.

Es muß immerhin zu denken geben, daß ein kleinbürgerliches Blatt, wie die Münchener Zeitung, den gemeingefährlichen Unfug des Nationalbolschewismus wohlwollend behandelt. Mit Genugtuung wird in der Sonntagsnummer erklärt, die Fühlung zwischen den unbekümmerten Nationalisten der deutschen Rechten und Radikalisten der deutschen Linken sei hergestellt.

„Der Nationalbolschewismus organisiert sich und marschiert. Vorläufig haben nur einige wenige den Mut, mit ihrer Person [illegible]zutreten. Aber der Gedanke an die Unerträglichkeit der dem deutschen Volke zugedachten Sklaverei wühlt in allen Kreisen."

Das Blatt bemüht sich weiter, nachzuweisen, daß es nicht unmöglich sei, eine gemeinsame Plattform herzustellen. Sogar mit dem Ruf der Kommunisten „Es lebe die deutsche Räterepublik!" will sich das Münchner Spießerblatt abfinden, wenn damit „Organisation und Kontrolle der Arbeit durch Arbeiter" gemeint sei, und es lehnt lediglich die Dritte Internationale ab unter Berufung auf die Darlegungen, die der Führer der Münchner Rechtsradikalen, Dr. Hans v. Hentig, übrigens ein Norddeutscher, in seinem Verbrüderungsartikel in der kommunistischen Neuen Zeitung machte. Es hieß da:

„Die Arbeiterschaft muß bedenken, daß die studierende Jugend zu einem großen Teil politisch nicht denkt. Daß sie unter dem Druck von Anschauungen lebt, die ihr unanfechtbar erscheinen. Und daß gerade der Teil der Studentenschaft, der mit der November-„Revolution" keine Art zu denken [illegible], der der treueste und innerlich anständigste ist. ... Die studierende Jugend ist national. Sie hat es mit Tausenden von Toten gezeigt und wird es in alle Zukunft zeigen."

Wenn das kommunistische Blatt darauf mit der Aufforderung antwortet **„Laßt uns auf die Straßen gehen und die revolutionäre Volkserhebung ausrufen,"** so zeigt das eine Stimmung, die der Entente sicher nicht gefährlich werden kann, wohl aber dem deutschen Volk, insbesondere aber den Bayern, denen abermals eine Minderheit aufgeregter Schwärmer und betrogener Betrüger einen Rätespuk aufzuzwingen droht, der durch seine Mischung von nationalistischer Romantik, kommunistischer Demagogie und bolschewistischem Nihilismus ein wahres Höllengebräu darstellen würde.

Das Berliner kommunistische Organ bemüht sich, seine Münchner Genossen vor dem neuen Abenteuer abzuschrecken. Es schildert die Studenten, mit denen sich ihre Genossen in München verbrüdern wollen, möglichst abschreckend:

„Das sind dieselben Leute, die je nach der Zeitläufte entweder Kommunisten totschlagen oder Magnus Hirschfeld verprügeln oder [illegible] erschießen oder vor dem Grafen Arco [illegible] oder den Kahr anpöbeln oder „Gott strafe England" schreien oder das Hakenkreuz tragen oder — wenn der deutsche Schmerz es will — auch den Sowjetstern. Das sind keine Proletarier, noch nicht einmal Lumpenproletarier, sondern ganz gemeines Lumpenpack, das höchstens einen Milderungsgrund für sich hat: daß es, dank dem jetzt wieder 12prozentigen Bier das doch nicht genau weiß."

Zweideutiger verhält sich schon die rechtsradikale Deutsche Zeitung, in der Herr Mauerenbrecher mit großer Genugtuung davon spricht, daß nach irgendwelchen Geheimberichten die Kommunisten in Frankreich eine halbe Million Mitglieder zählen, und daraus die Hoffnung schöpft, daß Frankreich heute schon am Abgrund stehe, so daß nur wenig dazu gehöre, es „ganz hinunterzustoßen". Das ist die alte Rechnung auf die Weltrevolution, eine liebe, gute Bekannte aus den ersten Wochen der deutschen Republik, wo täglich neue Nachrichten einliefen, daß auf den englischen Schiffen die rote Fahne gehißt sei und daß Foch im Automobil nach Amerika geflohen sei. Die Tollhäusler von ganz rechts sind jetzt da, wo die Narren von ganz links im November 1918 waren. Sie passen in der Tat gut zusammen. Das deutsche Volk wäre verloren und verkauft, wenn es sich diese tollen Sprünge gedankenloser Schwätzer und Hetzer auch nur eine Stunde gefallen ließe.

* * *

Münchner Fasching

München, 7. Februar. Das von der Regierung Kahr erlassene Faschingsverbot hat keineswegs den beabsichtigten Eindruck nationaler Würde erzielt, sondern ganz im Gegenteil zu schwierigen anarchistischen Zuständen geführt, die sich im „Ordnungsstaat Bayern" besonders grotesk ausnehmen. Als alle Eingaben an den Ministerpräsidenten ergebnislos blieben, erklärten die Wirte, Saalinhaber und das Personal einfach, daß sie sich an das Verbot nicht halten würden, und so kommt es, daß der **Münchner Fasching toller als je zuvor** weitergeht und auch die Polizeistunde unbeachtet bleibt. Dagegen protestieren nun wieder die Nationalsozialisten und Deutschnationalen durch Umzüge und gewaltsame Störungen. Am Sonnabend kam es im Schauspielhaus bei der Aufführung von Schnitzlers Reigen zu Skandalen. Nach dem dritten Bilde erhob sich eine Dame zu lautem Protest, worauf eine Schlacht mit Stinkbomben entstand. Die Vorstellung mußte abgebrochen werden, worauf ein Schutzmannsaufgebot das Theater räumte. Die Polizeidirektion München hat darauf heute in einer Verfügung die weitere Aufführung des „Reigen" wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe verboten. Eine andre Demonstrantengruppe suchte nachts den Bal paré im Deutschen Theater zu sprengen, wobei es im Garderobenraum zwischen deutschnationalen Studenten und dem Personal zu einer Schlägerei kam. Polizeiwehr mußte einschreiten. Es gab mehrere Verletzte.

•

In der reaktionären Presse ist uns Bayern immer als die Ordnungszelle angepriesen worden, von der aus sich echt deutsche Zucht und Sitte wieder über das verderbte Deutschland verbreiten müßten. Tatsächlich scheinen Regierungen und Behörden nirgends so wenig Autorität zu besitzen, wie in dem „Ordnungsstaat" Bayern.

Der Kampf um den Vertrag

Hört man jene Hanswurste und Kindsköpfe, so könnte man meinen, jetzt sei der Augenblick gekommen, um durch irgendeine phantastische Tat das ganze Vertragswerk von Versailles in die Luft zu sprengen. Dabei weiß jeder, der die Entwicklung der Dinge einigermaßen verfolgt hat, daß es sich in diesem Augenblick nicht darum handelt, den Vertrag von Versailles von deutscher Seite irgendwie anzutasten, sondern im Gegenteil ihn vor den Antastungen zu schützen, denen er von der andern Seite ausgesetzt ist.

Diejenigen, die dazu raten, man solle unter den gegenwärtigen Umständen irgendeine Deutschland auferlegte Vertragspflicht unerfüllt lassen, fallen Deutschland geradezu in den Rücken. Die **Entwaffnung der Einwohnerwehren** zu fordern ist die Entente auf Grund des Vertrags ganz zweifellos berechtigt, wird sie verweigert, so wird der Kampf auf dasjenige Gebiet verlegt, das Deutschland am allerunwillkommensten und wo ihm die Niederlage am gewissesten ist. Die Entente